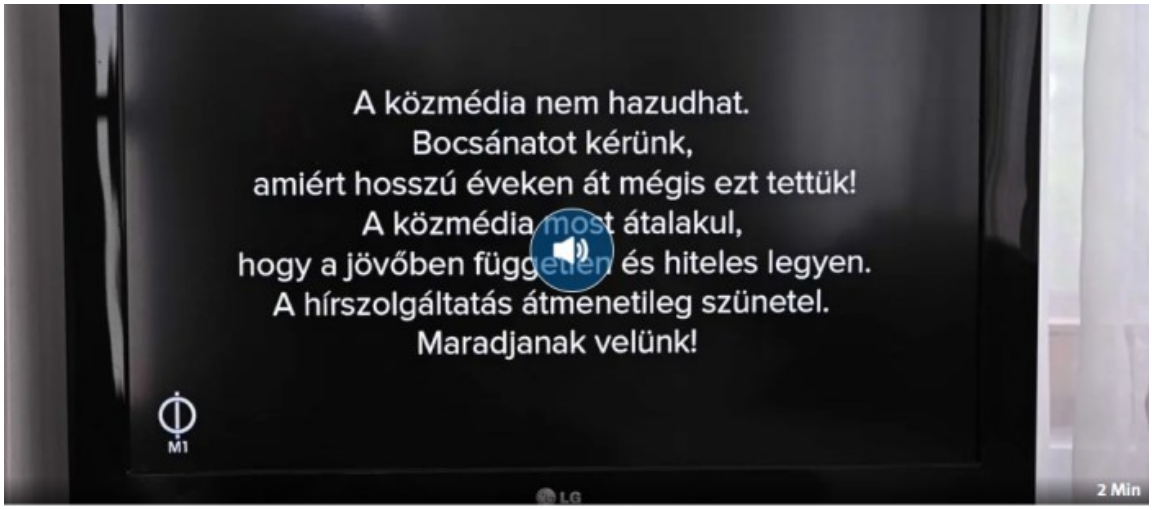
Ungarn: Wie baut man mafiöse Wahlautokratie um in eine Demokratie

Posted on 21. November 2026 by Bruchstücke Team



„Die öffentlich-rechtlichen Medien dürfen nicht lügen. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir dies über viele Jahre hinweg dennoch getan haben!“ (Screenshot: Tagesschau)
Wieso eigentlich nur öffentlich-rechtliche?

Die überraschende Wahlniederlage des Fidesz und der Sieg Péter Magyars bei der jüngsten Parlamentswahl haben über Nacht Freiheitsräume eröffnet, wie sie sich zuletzt nach der Revolution von 1989 auftaten. Wie nachhaltig dies sein wird, ist aber noch nicht vollends abzusehen. Cathrin Kahlweit, von 1989 bis 2025 Redakteurin und Korrespondentin der „Süddeutschen Zeitung“, unter anderem für Mittel- und Osteuropa, analysiert in „Aus Politik iund Zeitgeschichte“ unter dem Titel „Explosion der Freiheit“ die ungarische Gesellschaft nach Orbán. *Bruchstuecke* dokumentiert den Beitrag.

Das berühmteste Symbol für die neue Zeitrechnung, die in Ungarn am Abend des 12. April 2026 begonnen hat, ist ein schwarzer Bildschirm mit weißer Schrift. Er erschien etwa drei Monate nach der Parlamentswahl, am Nachmittag des 7. Juli, auf den Geräten all jener ungarischen Fernsehzuschauer, die gerade öffentlich-rechtliche Sender wie M1 eingeschaltet hatten. Was da zu lesen war, schaffte es weltweit in die Nachrichten: „Die öffentlich-rechtlichen Medien dürfen nicht lügen. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir dies über viele Jahre hinweg dennoch getan haben!“

Die ungarische Medienlandschaft war 16 Jahre lang der Spiegel des gesellschaftlichen Wandels unter dem

autoritären Politiker Viktor Orbán gewesen – und sie machte den Weg von einer liberalen Nachwendegesellschaft zu einer „illiberalen Demokratie“ sichtbarer und deutlicher, als es alle Umbrüche in Kunst und Wissenschaft, Bildung und Forschung, Parteipolitik und Zivilgesellschaft vermocht hatten. Denn jenseits der großen Städte, auf den Dörfern, in der Provinz – überall dort also, wo der Langzeit-Premier seine Machtbasis strategisch und langfristig besonders gut ausgebaut hatte –, war und ist das staatliche Fernsehen für die meisten Ungarn die wichtigste Informationsquelle. Hier erfuhren neun Millionen Ungarn 16 Jahre lang, was die offizielle Wahrheit war, was sie zu sehen, hören, glauben hatten.



Nach dem überraschend deutlichen Wahlsieg des Orbán-Herausforderers Péter Magyar und seiner Tisza-Partei hatte dieser bereits an Tag zwei eine Pressekonferenz abgehalten, die für Aufsehen sorgte: Er lud Journalisten all jener Medien ein, die unter seinem Vorgänger jahrelang keine Interviews bekommen, ja nicht einmal Zugang zu offiziellen Pressekonferenzen gehabt hatten. Nun wolle er, so der euphorische Wahlsieger,

endlich jenen die Chance zur Berichterstattung geben, die mit ihren Recherchen über Korruption und Machtmissbrauch zur Abwahl des Fidesz-Regimes beigetragen hätten. Der Journalist Ákos Tóth legt in einem Report beredtes Zeugnis von der Medienarbeit der Orbán-Ära ab. Er spricht von einem permanenten „Ausbau der Zensur“, nachdem Viktor Orbán 2010 zum zweiten Mal die Parlamentswahlen gewonnen hatte. Diese Zensur währte bis zum 12. April 2026.

Die Reaktionen in der Bevölkerung auf die Sendeunterbrechung am 7. Juli changierten zwischen Begeisterung über entwaffnende und vielversprechende Offenheit und dem Vorwurf einer an kommunistische Zeiten erinnernden Selbstkritik, mit der die alten Medienmacher regelrecht gedemütigt worden seien. In diesem Spannungsfeld bewegt sich seit dem Wahlsieg Magyars die gesamte gesellschaftliche Debatte: Wie baut man eine Wahlautokratie zurück in eine Demokratie, ohne dabei selbst an Glaubwürdigkeit zu verlieren? Wird es dem Wahlsieger gelingen, die Gesellschaft dabei mitzunehmen? Und: Wird die Abrechnung mit der alten Zeit neue Wunden schlagen? Eine Recherche in Ungarn Monate nach der Wahl macht deutlich: Die Mehrheit jener, die Orbán abgewählt haben, ist mit dem neuen Kurs zufrieden. Allzu viele Fehler hat Péter Magyar offenbar noch nicht gemacht.

Der neue Ministerpräsident selbst kommentierte die Unterbrechung des Sendebetriebs im Juli auf Facebook übrigens so: „Ein historischer Tag. Heute endet die Ausstrahlung von Propaganda auf den Plattformen der öffentlich-rechtlichen Medien. Damit ist nun Schluss.“ Und Viktor Orbán? Der hatte sich nach der Wahl eine Zeitlang kaum zu Wort gemeldet, auch sein Mandat im Parlament hatte er nicht angenommen. Nun tobte er öffentlich, dass dies alles ein Beleg für „die Willkür der Tisza-Partei“ sei. Die wahre Wahrheit finde man anderswo – und zwar ausschließlich in den verbliebenen, unter Fidesz-Einfluss stehenden Medien.

Die Propagandamaschine wird abgeschaltet



Cathrin Kahlweit: (Foto: Website)

Doch deren Zahl hat dramatisch abgenommen. Überhaupt ist die ungarische Medienlandschaft radikal im Umbruch. Nach Magyars Wahlsieg versiegten schlagartig die Milliarden an Steuergeldern, mit denen die Fidesz-Regierung zuvor parteinahe Blätter mit Werbekampagnen dauerhaft querfinanziert hatte. Überall brechen nun die Auflagen ein, Massenentlassungen sind die Folge. Ein Orbán-Jubelorgan wie „Magyar Nemzet“ erscheint nur noch wöchentlich, aber auch ein Traditionsblatt wie die linksliberale „Népszava“ musste sein Erscheinen einstellen. Die Glaubwürdigkeit der alten Medien ist aufgebraucht, neue Onlinemedien, die der abgewählten, korrupten Regierung scharf auf die Finger geschaut hatten, befassen sich jetzt mit den Aufräumarbeiten und den Plänen der neuen Truppe.

Derzeit gibt es in Ungarn keine einzige gedruckte Tageszeitung mehr. „Während die Akteure im regierungsnahen Medienimperium jahrelang unabhängig von der Marktlogik agieren konnten“, schreibt das Investigativ-Medium „Átlátszó“, das von Orbáns Handlangern regelmäßig unter Druck gesetzt wurde, „sehen sie sich nun zum ersten Mal mit der Frage konfrontiert, welches Produkt sich ohne staatliche Unterstützung tatsächlich erhalten kann.“

Vor allem im öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen wird alles auf den Kopf gestellt – unter anderem mithilfe eines neuen Mediengesetzes, das vom Parlament Ende Juni beschlossen wurde. Die redaktionelle

Unabhängigkeit wird gestärkt, staatliche Sender und die Nachrichtenagentur MTI sollen als unabhängige Unternehmen neu gegründet werden. Künftig wird das Parlament deren Budget festlegen. Viele Orbán-treue Manager in den Staatsmedien waren schon kurz nach der Wahl ausgetauscht und gegen kommissarische Leiter ersetzt worden. Deren Posten sind jetzt ausgeschrieben oder bereits besetzt, im Herbst sollen die neuen Teams stehen. Ohne Grabenkämpfe und harte Abrechnungen dürfte aber auch das nicht abgehen: Schon jetzt wird beispielsweise Kritik daran laut, dass der Regierungschef hinter den Kulissen Einfluss auf die Bestellung von Führungspersönlichkeiten beim Staatsfernsehen nehmen soll.

Grenzenlose Euphorie

Ihre Realität und ihre Wahrheit allerdings – die haben sich die Ungarn ohne mediale Begleitung schon selbst zurückerobert. Nach der Wahlniederlage Orbáns war Ungarn in einem spontanen Freudenfest explodiert, das selbst schärfste Kritiker des autoritären Regierungschefs und seiner „illiberalen Demokratie“ überraschte. Es sei eine Stimmung gewesen wie in der Nacht des Mauerfalls 1989, sagt etwa die Ungarn-Korrespondentin der „Neuen Zürcher Zeitung“, Meret Baumann, die die Nacht nach der Wahl zwischen tanzenden und singenden Menschen am Donauufer in Budapest verbracht hatte. Tatsächlich war die Erleichterung über die Niederlage einer Regierung, die mit Düsterkeit und Panikmache, mit Kriegsangst, der Verleumdung politischer Gegner und Drohungen gegen Kritiker Wahlkampf gemacht hatte, mit Händen zu greifen.



Der Politikberater und Autor Gergö Papp ist noch Wochen nach der Wahlnacht euphorisch. Als er im Juli vor der Friedrich-Naumann-Stiftung in München sein Buch zum Sturz des Systems Orbán vorstellt, Zur Auflösung der Fußnote[2] spricht er mit bebender Stimme von einer „Zeitenwende“, die weniger an die Wahl einer neuen und die Abwahl einer alten Regierung erinnere als an eine „Revolution“. Die Abwahl der alten Regierung habe sich angefühlt wie das Ende des Kommunismus, wie ein Regimewechsel. Das Potemkinsche Dorf des vermeintlichen politischen Erfolgs, die Fassaden der Macht seien mit einem lauten Knall in sich zusammengebrochen. „Der Wahlkampf von Péter Magyar hat definitiv den Blick auf die Realität im Land geschärft. Das ist es, was die Menschen plötzlich gesehen haben: marode Krankenhäuser, bröckelnde Schulen, Korruption, Armut, Niedergang.“

Papp, der unter anderem die liberale Partei Momentum beraten hat, sieht auch Polarisierung und Radikalisierung, mit der Orbáns Propagandisten das Land überzogen hätten, wie weggewischt – als habe

jemand ein Fenster aufgemacht und Licht hereingelassen in die Dunkelheit. „Wo Fidesz gegen die Ukraine agitiert hat, wachsen jetzt die Sympathien für die Ukraine; wo Fidesz gegen Homosexuelle gehetzt hat, zeigt sich jetzt eine große Entspanntheit im Umgang mit Queeren."

Umfragen, Vorhersagen und lahme Enten

Der radikale Wechsel, die Revolte gegen 16 Jahre Fidesz-Regierung, hatte sich schon länger angedeutet und war vor der Wahl spürbar und messbar, jedoch hinter dem Getöse der polternden Regierungsmaschine schwer zu hören gewesen. Denn dass das Land ökonomisch vor die Hunde ging, das konnte jeder sehen, der einkaufen, einen Arzt aufsuchen, ein Kind durch die Schule bringen musste. Auch sonst war die Stimmung in vielerlei Hinsicht anders als von der Regierungspropaganda behauptet. So konnte man etwa in einer soziologischen Studie des renommierten Meinungsforschungsinstituts Median lesen, dass Akzeptanz und Unterstützung für LGBTQ-Themen in Ungarn zuletzt gestiegen, nicht gefallen waren. Offenbar, so heißt es dort, habe das Orbán-Regime es in den vergangenen Jahren mit homophoben Kampagnen so übertrieben, dass diese kontraproduktiv geworden seien. 49 Prozent der Befragten befürworteten laut der Umfrage von 2024 die Heirat gleichgeschlechtlicher Paare und deren Adoptionsrecht; 55 Prozent waren der Meinung, dass Schwule und Lesben gute Eltern sein können.

Spätestens als dann der Pride-Marsch 2025, den die Administration für illegal erklärt hatte und unbedingt verhindern wollte, massiven Zulauf erhielt und mit etwa 200.000 Teilnehmern die größte Pride aller Zeiten in Ungarn wurde, sei offensichtlich gewesen, dass „Viktor Orbán eine lahme Ente und seine Hochphase vorbei war", so der Politikberater Gergö Papp. Orbán habe seinen Gegnern keine Angst mehr machen können. „Der Wandel war damit nur noch eine Frage der Zeit."

Stimmen aus der queeren Szene in Ungarn rund um die Pride 2026 bestätigen den Eindruck eines neuen Freiheitsgefühls. Zudem hat Ungarns neue Regierung im September einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem Passagen aus dem repressiven Kinderschutzgesetz gestrichen werden sollen, die die „Förderung" und die „Darstellung" von Homosexualität etwa in Filmen und im Fernsehen für Minderjährige untersagt hatten. In Zukunft soll dort nur festgehalten sein, dass Inhalte verboten sind, die die körperliche, geistige, emotionale oder moralische Entwicklung von Kindern „ernsthaft beeinträchtigen" können. Schon zuvor war die Anklage gegen den Lehrer und schwulen Aktivisten Géza Buzás-Hábel fallengelassen worden, dem unter Orbán ein Jahr Haft gedroht hatte, weil er im vergangenen Jahr eine friedliche Pride-Parade in seiner Heimatstadt Pécs organisiert hatte. Es sei erfreulich, heißt es jetzt in Pressemitteilungen der queeren Community, dass die repressiven Gesetze der Orbán-Zeit nicht mehr umgesetzt werden.

Europa ist populärer denn je

Eine deutlich liberalere Haltung der Gesellschaft spiegelte sich lange vor der Parlamentswahl auch in den Sozialreports, die jährlich vom Sozialforschungsinstitut Tárki veröffentlicht werden. In der jüngsten, ebenfalls auf Erhebungen von 2024 beruhenden Studie stellen die Autoren fest, dass die Begeisterung für die europäische Integration innerhalb von 20 Jahren von 60 auf 69 Prozent gestiegen ist – trotz der massiven antieuropäischen Kampagnen der Budapester Regierung. Die von Orbán propagierte nationale Souveränität und eine Abkehr von Europa waren in der Bevölkerung wenig populär.

Soziologen und Politikwissenschaftler, die die Stimmung in der ungarischen Bevölkerung wissenschaftlich ausloten, sind von diesen Trends wenig überrascht. „Die Leute hatten genug davon, dass sich die Politik nicht mehr um die realen Probleme im Land kümmert“, so der Direktor des Thinktanks Political Solutions, Gabor Györi: „Während die Qualität von Schulen und Spitälern sank und die Wirtschaft stagnierte, malte die Regierung außenpolitische Schreckensszenarien an die Wand. Viele wollten eine Rückkehr zur Normalität.“

Wer nun aber vermutet hatte, dass sich der friedliche Machtwechsel, der sich im Frühjahr vollzogen hat, auch stimmungsmäßig mit durchwegs guter Laune und Versöhnlichkeit in der Gesellschaft fortsetzt, der sieht sich getäuscht. Überall im Land werden alte Rechnungen beglichen oder neue aufgemacht. Wer hat wie viel öffentliches Geld hinterzogen? Wer hat sich wo bereichert? Wo sind all die Steuergelder hin verschwunden, welche EU-Fördermittel wurden veruntreut, welche Cliquen haben sich im Windschatten von Fidesz Vorteile verschafft, wer wurde brutal ausgegrenzt, wo droht Rache, wer übt Vergeltung?

Das große Auf- und Abrechnen

Die Medien sind voll von Berichten über Luxusreisen von Fidesz-Politikern, über Schenkungen und schnelle letzte Schecks für Orbán-Günstlinge, über ins Ausland verschobene Reichtümer und im Inland verbautes Betongold. Ein Nationales Amt für Vermögensrückführung und Vermögensschutz, eine Art Antikorruptionsbehörde, soll nun unterschlagene Staats- und EU-Mittel aufspüren, an den Staat zurückführen und Strafermittlungen gegen mutmaßliche Täter einleiten. Fidesz wiederum vergleicht die neue Behörde prompt mit der Geheimpolizei unter den Kommunisten, während der frühere Ministerpräsident um seine Position in der Geschichte ringt.

Die neue Regierung hat zudem, gestärkt von ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament, eilig mit dem Rückbau des Patronagesystems der Clique rund um Orbán begonnen. Universitäten, die als Stiftungen der öffentlichen Kontrolle entzogen waren, werden in eine neue Rechtsform überführt. Politischen Kaderschmieden wie dem nationalkonservativen Mathias Corvinus Collegium (MCC) sollen die Mittel entzogen werden. Netzwerke von

Natur- und Sozialwissenschaften, Akademien und Forschungsinstitute sollen wieder unabhängig arbeiten. Amtszeiten werden begrenzt, Amtsinhaber – wie der von Orbán ernannte Staatspräsident Tamás Sulyok – zum Rücktritt gezwungen.

Der Zuspruch aus der Bevölkerung für diese Maßnahmen ist groß; in Umfragen liegt die Partei von Ex-Ministerpräsident Orbán derzeit bei etwa 20 Prozent – während Magyars Popularität ungebrochen ist. Dennoch warnen nicht nur seine Gegner, sondern auch Verfassungsrechtler, dass Tisza Gefahr laufen könnte, die Selbstherrlichkeit der Orbán-Ära zu wiederholen und die eigene Zweidrittelmehrheit als Freibrief zur Absicherung der Macht zu nutzen. Fidezs-Politiker bezeichnen die Amtsenthebung von Staatspräsident Sulyok entsprechend als „Tyrannei". Magyar, so heißt es, überziehe Ungarn mit einer „Diktatur".

Der Regierungschef selbst wehrt sich gegen den Vorwurf des Machtmissbrauchs. „Es käme einem Verrat an der ungarischen Nation gleich, wenn wir das jetzige Grundgesetz nicht anrühren würden", so Magyar; es sei Basis für die Errichtung des Orbán'schen „Mafia-Staates" gewesen. Und er verweist zugleich auf die freiwillige Begrenzung seiner politischen Macht. Tatsächlich hat die Tisza-Partei mit ihrer verfassungsändernden Mehrheit die Amtszeiten von Abgeordneten – und auch die des Regierungschefs – für die Zukunft begrenzt. Ein neues Wahlrecht ist angekündigt, um die Verzerrungen des aktuellen Wahlrechts abzuschaffen, das die jeweils stärkste politische Kraft unverhältnismäßig stark belohnt. Auch eine – mit Bürgerbeteiligung zu entwickelnde – neue Verfassung ist in Arbeit; die Reform des Verfassungsgerichts und die Wiederherstellung der Budgethoheit des Parlaments sind vom Parlament bereits beschlossen.

Rhetorik der Spaltung

Die Machtverhältnisse haben sich deutlich verschoben, alte Gräben aber, auch die gesellschaftlichen, bleiben. Die forensische Linguistin Sára Ránki wird in einem Artikel des Online-Mediums „Telex" mit der Aussage zitiert, sprachliche Aggression sei in den vergangenen 16 Jahren die „prägendste Erfahrung" für ungarische Sprachforscher gewesen: Hassrede, die Konstruktion von Feindbildern und die Aufrechterhaltung einer kriegerischen Atmosphäre seien dominante Ausdrucksformen der Orbán-Ära gewesen. Der Sturz von Fidesz habe diesen Zustand zwar beendet, aber durch eine neue Schärfe ersetzt: Mit dem Niedergang der Partei sei eine „Rhetorik der Vergeltung anstelle einer hasserfüllten Rhetorik" getreten. Deshalb könne die Gesellschaft kaum aufatmen, und angesichts des Zustands des öffentlichen Diskurses könne man derzeit nicht von einer Konsolidierung sprechen.

Es geht in der aufgeheizten gesellschaftlichen Debatte aber nicht nur um Geld, Bereicherung und Korruption. Sondern auch um die Folgen des Kulturkampfs, mit dem Fidesz das Land überzogen und umgestaltet hat. Denn wer totgeschwiegen, aus dem öffentlichen Leben verdrängt, nicht mehr gedruckt oder aus Gremien

geworfen wurde, fordert nun Wiedergutmachung. Oder zumindest eine öffentliche Entschuldigung, so wie es vom Fernsehsender M1 mit seinem Bekenntnis zur Lüge erzwungen worden war.

Die Civilizáció koalíció, ein Zusammenschluss aus etwa 50 Nichtregierungsorganisationen, die in den vergangenen Jahren gemeinsam gegen den politischen und juristischen Druck des Fidesz-Regimes kämpften, ist sich einig: Der erfolgreiche Übergang in eine neue, offene und angstfreie Gesellschaft mit großer Bürgerbeteiligung wäre das beste Indiz dafür, dass Magyar und Tisza es mit der Demokratisierung ernst meinen. In ihrem Manifest „17 zentrale Punkte einer neuen Regierungsstrategie für die ungarische Zivilgesellschaft“ fordert sie die Achtung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Rücknahme der Gesetze aus der Orbán-Ära, die sie als Trias aus „Stigmatisieren, Aushungern und Strangulieren“ zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft bezeichnet. Und sie fordert einen neuen gesetzlichen Rahmen, der die Arbeit der NGOs langfristig finanziert und sichert.

Doch was davon ist unter Magyar schon umgesetzt? Veronika Móra, Direktorin der wichtigen Umweltstiftung Ökotárs, die unter anderem die Vergabe von Fördermitteln innerhalb der Szene koordiniert, ist vorsichtig optimistisch. „Das Ganze ist natürlich *work in progress*, aber die restriktive Gesetzgebung wird Schritt um Schritt zurückgenommen, die Politik der Einschüchterung ist vorbei.“ Das Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“ müsse zwar dringend abgeschafft werden, derzeit liege es aber an Institutionen wie Schulen oder Kindergärten, es umzusetzen, „da gibt es noch einen Graubereich“. Aber: Erst unlängst sei ein riesiger Datensatz veröffentlicht worden, der zeige, wie einseitig unter Orbán Gelder vergeben worden seien. Nun müsse Tisza dringend den Rahmen dafür schaffen, dass die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen künftig „fair“ ablaufe.

Neuer Kulturkampf

Die Strangulierung der freien Kunst- und Kulturszene hatte in den vergangenen Jahren ungekannte Ausmaße angenommen, und kaum jemand kann und will nun einfach zur Tagesordnung übergehen. In der Theaterlandschaft waren linke und gesellschaftskritisch denkende Intendanten abberufen und regimetreue Künstler installiert worden. In der Bildenden Kunst hatten – von staatsnahen Künstlern dominierte – nationale Wettbewerbe der freien Szene die Luft abgeschnürt. Literaten und Denker wie György Konrád oder Nobelpreisträger Imre Kertész waren als anti-ungarisch beschimpft, faschistische Autoren aus den 1930er und 1940er Jahren in den nationalen Bildungskanon aufgenommen, staatliche Auszeichnungen an Autoren der radikalen Rechten vergeben worden.

Zahlreiche Fehden sowie politische und private Abrechnungen werden seit der Abwahl des alten Regimes nun in der Öffentlichkeit ausgetragen. Einige Theaterintendanten und Direktoren staatlicher Akademien und

Museen werden zum Rücktritt aufgefordert, aber viele Verträge laufen noch Jahre, und kaum einer will freiwillig gehen.

Als prominentestes Beispiel für einen öffentlichen Schlagabtausch, der sich über den gesamten Sommer 2026 zog, dürfte die Auseinandersetzung zwischen dem nationalkonservativen Intendanten des berühmten Nationaltheaters, Attila Vidnyánszky, einem bis 2028 installierten Orbán-Anhänger, und dem neuen Staatssekretär für Kulturangelegenheiten, Ervin Nagy, gelten. Nagy hatte die Ära Vidnyánszky bei einer Podiumsdiskussion und in zahlreichen Interviews als Zeit des Verfalls und des Niedergangs europäischer Werte bezeichnet. Wer „so viele Verbrechen gegen das ungarische Theaterleben“ begangen habe, für den sei „offensichtlich wenig Platz in der ungarischen Kulturpolitik“. Der Angegriffene wiederum bezeichnete die Kritik an seiner Arbeit als Unwahrheiten, warf der neuen Führung seinerseits „Verbrechen“ vor und deutete an, man werde ihn zweifelsohne in die Emigration zwingen.

Kulturstaatssekretär Nagy hat gegenüber der Zeitschrift „HVG“ zwar angekündigt, die von den Fidesz-Anhängern gewählten Theaterdirektoren würden „ihr Mandat erfüllen. Es gibt keinen Grund für Rache: Frieden ist in der Kultur nötig, wir können nicht länger in dieser Rechts-Links-Spaltung verharren.“ Dennoch ist die Stimmung in der Kulturlandschaft, ungeachtet der spürbar großen Erleichterung über die neue Freiheit und das Ende politischer Interventionen, durchaus angespannt. Die ungarische Theaterregisseurin Ildikó Gáspár, die über viele Jahre am Budapester Örkény Theater inszeniert hat, erinnert sich mit Grausen: „Unter Viktor Orbán wurde die Debattenkultur, der Austausch, die Kommunikation unter Künstlern und Theatermachern abgewürgt. Viele emigrierten, andere bekamen keine Jobs mehr. Attila Vidnyánszky war Quasi-Kulturminister und Intendant des Nationaltheaters, er beeinflusste, wer wo eingeladen wurde.“ Noch kurz vor der Abwahl der alten Regierung habe er Milliarden Forint an Günstlinge und befreundete Institutionen verteilt. Jetzt hofften alle Kollegen wieder auf Selbstbestimmung, auf künstlerische Autonomie, so Gáspár; viele, die vom Regime aus ihren Posten verdrängt und an der Arbeit gehindert worden seien, kehrten jetzt zurück. „Sie wollen wieder in Ungarn arbeiten. Aber sie wollen auch Genugtuung.“

Ende einer toxischen Beziehung

Anders als in der Theater- und Kunstszene hat sich in der für Ungarn wichtigen Filmindustrie der Wandel extrem schnell Bahn gebrochen: Nur einen Tag nach der Abwahl Orbáns trat der Leiter des nationalen Filminstituts, Csaba Káel, zurück. Er hatte die Filmförderung zentralisiert, kaum noch kleine, ungarische Filme gefördert, unabhängige Jurys entmachtet und nationale Themen auf die Agenda gesetzt. Der Filmexperte Jörg Taszman schreibt im Branchenblatt „Filmdienst“, das ungarische Kino stehe nun vor einer Neuorientierung; die Förderung solle dezentralisiert und regionalisiert werden. Die Grundlage dafür ist da: In den letzten Jahren der Ära Orbán hatte sich eine innovative Low-Budget-Szene entwickelt, die nicht zuletzt mit

Dokumentarfilmen Furore machte. Einer hieß „Frühlingswind“ („Tavaszi szél – Az ébredés“) und handelte vom Aufstieg eines neuen Politikertypus – von Péter Magyar. Millionen Ungarn sahen ihn.



Péter Magyar in dem Dokumentarfilm "Tavaszi Szél" (© Juno11 Pictures)

Screenshot: Website Filmdienst

Márton Gergely, Chefredakteur der Zeitschrift „HVG“, hat den Film über Magyar natürlich auch gesehen; und er war gespannt auf den neuen Mann. Und doch hat Gergely, einer der renommiertesten Publizisten des Landes, Bauchschmerzen. Nicht wegen der Fortschritte beim Rückbau von Orbáns autoritärem Staat. Sondern bei der Frage, ob und wie lange die ungarische Gesellschaft das mitmacht, bevor sie wieder nach einem starken Mann ruft. „Wir haben als Journalisten mit den Mitteln der Aufklärung und der Recherche 16 Jahre lang gegen diesen Wahnsinn gekämpft“, sagt er, aber die Wahrheit sei auch: „Orbán hatte vor 16 Jahren den gleichen großen Vertrauensvorschuss wie Magyar heute.“

Der Wandel vom liberalen zum illiberalen Staat sei dereinst schleichend vorangegangen, und auch damals seien anfangs viele noch begeistert gewesen. „Jetzt werden Leute beschimpft, die vor zehn Jahren mal für Orbán und seine Truppe gearbeitet haben. Aber viele, egal in welcher Branche, haben irgendwann mal für dieses Regime gearbeitet – als es noch nicht so eindeutig autoritär war. Auch der heutige Ministerpräsident. Ist jetzt jeder ein Verräter?“ Die Frage der Kollaboration werde noch lange eine offene Wunde bleiben, sagt Gergely.

Für ihn und für viele seiner Freunde und Kollegen fühle es sich derzeit noch so an, als habe sich das Land aus einer toxischen Beziehung befreit, sagt der Fünfzigjährige. „Man ist glücklich über die neue Freiheit, aber

auch traumatisiert durch das Erlebte. Oder anders gesagt: Ich habe Angst, dass die Verrohung, die unter Orbán Einzug hielt, noch Jahre anhalten wird.“

Die Hoffnung kommt aus der Provinz

Was viele langjährige Orbán-Gegner indes positiv stimmt, ist die Stimmung fern der Städte, fern der Eliten, die sich jetzt teils abnabeln und lossagen, teils neu erfinden oder neu durchstarten müssen. Auf dem Land hatten sich schon während Magyars Wahlkampf sogenannte Tisza-Inseln gegründet, die der politischen Dominanz von Fidesz etwas entgegensetzen wollten: Vereine, Gruppen, Gremien, die jetzt wieder Basisdemokratie üben. Sie werden von der neuen Regierung unterstützt, Geld wird bewusst in regionale und lokale Programme geleitet, um selbstbestimmtes Verwalten zu ermöglichen. „Orbáns Machtapparat“, sagt „HVG“-Chefredakteur Márton Gergely, „war eine paranoide, sich selbst bereichernde Macho-Welt. Seine Welt war voller Cäsaren und Despoten, die alles an sich rissen und die Macht und das Geld in wenigen Händen bündelten.“ Das ändere sich gerade. Die Macht werde wieder dezentral verteilt. „Und?“, fragt er am Ende des Gesprächs in Budapest nun doch sehr zuversichtlich, „ist nicht genau das eine der Grundlagen von gesellschaftlicher Teilhabe – dass viele mitreden, viele mitentscheiden?“ Die ungarische Zivilgesellschaft müsse sich neu erfinden, sagt Gergely. Aber sie sei auf einem guten Weg

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren